



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 7. Ratssitzung vom 22. Juni 2022

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2021/173 und 2021/188

255. 2021/173

Interpellation von Susanne Brunner (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 14.04.2021: Bericht der Projektgruppe Rassismus im öffentlichen Raum (PG RiöR), Umgang und Gleichbehandlung mit weiteren Familien- und Strassennamen sowie Objektbezeichnungen

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1010 vom 6. Oktober 2021).

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2021/173 und 2021/188.

Susanne Brunner (SVP) nimmt zur Interpellation GR Nr. 2021/173 Stellung: Die Projektgruppe Rassismus im öffentlichen Raum (RiöR) hat im März 2021 einen Bericht mit 28 Seiten abgeliefert. Der Bericht und die daraus folgende Diskussion in der Bevölkerung ist der Grund für meine Interpellation. Auf Grundlage des Berichts will der Stadtrat den «Mohr», den «Mohrenkopf», den «Mohrentanz» und den «kleinen Mohr» aus dem Stadtbild entfernen. Jahrhundertalte Häuserbezeichnungen und Wandgemälde müssen verschwinden. Was ist Rassismus im öffentlichen Raum? Sind Wandbilder und Häusernamen Akteure im Bereich des Rassismus? Wer den Bericht der Projektgruppe auch gelesen hat, hat gemerkt, dass wir ein aufgebauschtes Thema und eine inkonsequente und willkürliche Umsetzung haben. Angefangen hat alles mit dem intensiven Lobbying einer kleinen, lauten Gruppe, die sich beim Stadtrat gemeldet hat. Das Amt für Städtebau hat geantwortet, dass man mit anderen Massnahmen mehr gegen Rassismus machen kann, als mit der Umbenennung von Liegenschaften. Doch die Lobbygruppe ist hartnäckig geblieben. Sie hat einen offenen Brief an die Stadtpräsidentin geschrieben und die Stadt hat vermeldet, es seien rund 100 Zuschriften eingetroffen. Dann ging es los. Der Stadtrat hat eine Arbeitsgruppe mit 14 Mitarbeitern gebildet. Die Anzahl Sitzungen und damit verbundenen Kosten sind nicht bekannt. Das Resultat kennen wir: Die Liegenschaften müssen umbenannt werden und die Wandbilder müssen verschwinden. Wichtig für uns zu wissen ist, dass es für das Vorgehen des Stadtrats keine Rechtsgrundlage gibt. Es gibt kein Gesetz und keine Verordnung in diesem Land, die dies verlangen würden. Dies stellt der Bericht auch so dar – trotzdem muss der Mohr weg. Ein interessanter Aspekt ist, dass die Lobbygruppe die interdepartementale Gruppe mit den 14 Personen kritisiert hat, weil die Arbeitsgruppe überwiegend aus weissen Personen zusammengesetzt ist. Weiter hat die Lobbygruppe gestört, dass sie für ihr Mitwirken keine Entschädigung erhalten hat. Eine solche Haltung finde ich dreist. Die Projektgruppe hat sich so in ihre Arbeit verliebt, dass sie ein ständiges, departementsübergreifendes Gremium «Erinnerungskultur» schaffen möchte. Der Alt-Kantonsratspräsident Hartmuth Attenhofer hat in einem Beitrag in der Weltwoche im September 2021 dargelegt, dass der Name Negrelli auf Schwarze zurückgeht, die im Mittelalter nach Italien eingewandert sind und sich dort



niedergelassen haben. Sie wurden dann Negro im Singular und Negrelli im Plural genannt. Das ist belegt. Das stört weder das hiesige Kollektiv, noch die Projektgruppe RiÖR und auch nicht den Stadtrat. Der Negrellisteg soll ein Negrellisteg bleiben. Der Stadtrat gibt Entwarnung: Herr und Frau Mohr müssen sich in unserer Stadt nicht umbenennen, sie können weiterhin hier wohnen und müssen ihre Haustüre und Briefkästen nicht anders anschreiben. Auch die Möhrlistrasse darf die Möhrlistrasse bleiben. Nur die historischen Wandbilder und die Häusernamen in der Altstadt müssen geändert oder entfernt werden. Das ist willkürlich und inkonsequent. Der Stadt gibt einer kleinen, lauten Lobbygruppe nach, weil die Gruppe ein Anliegen vertritt, das dem Stadtrat gefällt. Der Stadtpräsidentin gefällt dies so gut, dass sie selbst eine Wörterpolizei eingeführt hat. Ich habe das genau beobachtet, sie spricht und schreibt nur noch vom «M-Wort». Das befremdet, ist absurd und führt uns direkt in eine kulturlose, geschichtslose und gottlose Gesellschaft. Ich übertreibe nicht. Der Schriftsteller Thomas Hürlimann hat es eindrücklich aufgezeigt: Er hat am 24. Dezember 2021 drei Weihnachtsgeschichten im Feuilleton der NZZ publiziert. Eine spielt in Berlin, eine in Betlehem und eine in der Stadt Zürich. Letztere heisst «Zürich in naher Zukunft» und dreht sich um den Kater Mohr. Kater Mohr befindet sich auf dem Dach der Gasometerstrasse 20. Er schaut über Dachzinnen auf die Strassen und sieht auf der Strasse ausgebrannte Autos, Fussgänger- und Velospuren im Schnee. Auch sieht er eine Patrouille auf der Suche nach Lichtsündern. Nur noch hinter geschlossenen Rollläden trauen sich die Leute, Kerzen anzuzünden. Niemand traut sich mehr eine Weihnachtsbeleuchtung in die Fenster zu hängen. Der Kater Mohr sieht zwei Personen, die etwas austauschen und es sieht aus, als wären sie Drögeler. Was sie austauschen, sind Zimtsterne und Christstollen. Dann geht der Kater Mohr in die Heinrichstrasse. Er steigt dort auf einen Dachboden und will einen alten Freund besuchen, einen ausgemusterten Weihnachtsbaum. Denn in dieser Zeit stellt niemand mehr einen Weihnachtsbaum in die Wohnung. Der Kater Mohr tröstet den Weihnachtsbaum, lügt ihm vor, er werde bald wieder aufgestellt, denn Weihnachten sei jedes Jahr. Das ist die Geschichte, in der Zürich in naher Zukunft beschrieben wird. Wir haben eine Wörterpolizei der Stadtpräsidentin, wir entfernen den Mohr aus dem Stadtbild und das bildet den Anfang. Das nächste ist das Kirchenleuten. In unserer Stadt sollen Friedhöfe in Parks und Freizeitplätze umgewandelt werden, wie beim Beispiel des Friedhofs Sihlfeld. Was geschieht mit einer Gesellschaft, wenn wir unsere kulturelle und religiöse Geschichte abstossen? Wir werden zu einer Gesellschaft ohne Kultur, ohne Herkunft, ohne Halt und ohne Zukunft. Soweit darf es nicht kommen. Deswegen plädiere ich dafür, dass der Mohr im öffentlichen Raum in den Häusernamen und Wandbildern bleiben kann.

Stefan Urech (SVP) begründet das Postulat GR Nr. 2021/188 (vergleiche Beschluss-Nr. 3892/2021): Ich mag mich gut erinnern, als ich Shaibal Roy (GLP) zum ersten Mal auf das Vorhaben der Stadt, die Inschriften zu entfernen, angesprochen habe. Ich hatte zuvor den Bericht gelesen und mir wurde versprochen, dass die Inschriften rassistisch seien. Umso erstaunter war ich über die Reaktion, die war nämlich klar, er fand das «einen Seich». Wir beide können mit einem Satz in diesem Bericht leben und der ist: «Rassismus darf nicht toleriert werden.» Von ganz rechts bis ganz links sind wir alle mit diesem Satz einverstanden. Die Frage ist, ob diese Inschrift rassistisch ist. Wie begründet die Arbeitsgruppe dies? Mit der eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, die



vom Bundesrat ins Leben gerufen wurde, um gegen jegliche Art von Rassendiskriminierung vorzugehen, können sie nicht argumentieren. Sie zitieren nämlich, dass weder in Bezug auf die Bundesverfassung noch in Bezug auf das Privat- und Strafrecht Handlungsbedarf besteht. Vom Recht her geht es nicht, aber vielleicht kann man dies mit einem historischen Hintergrund begründen. Ich habe mich oft gefragt, wie es kommt, dass jemand eine Liegenschaft kauft und diese nach etwas benennt, das er hasst. Das ist, als würden Sie ein Haus kaufen und es das «Haus zur Marktwirtschaft» nennen. Im Bericht wird kein Satz zum historischen Kontext erwähnt. Den historischen Kontext gibt es nicht. Eines der Gebäude hat dem Propst des Grossmünsters gehört. Die Quellenlage ist sehr dürftig, aber es ist davon auszugehen, dass sich der Mohr in diesem Fall auf den Heiligen Mauritius bezieht. Er war ein ägyptischer Heerführer und hat sich geweigert, mit den Römern gegen die Christen in den Kampf zu ziehen und diese niederzumetzeln. Aus Verehrung hat man das Gebäude so benannt. Die Rolle der Denkmalpflege ist himmeltraurig. Im Bericht steht, dass einer Entfernung der Hausnamen aus Sicht der Denkmalpflege nichts entgegensteht. Ich habe kritische Fragen gestellt und als Antwort erhalten: «Eine definitive Entfernung der Schutzobjekte ist klar abzulehnen». Eine totale Kehrtwende. In der Antwort nehmen sie zum historischen Kontext Stellung, wie ich ihn geschildert habe. Es geht um die Meinung eines Vereins mit einigen Zuschriften. Wir fordern eine Kontextualisierung, damit die Menschen, die das Gefühl haben, es hat etwas mit Rassismus zu tun, aufgeklärt werden können. Dies zum Beispiel anhand eines Täfelchens oder QR-Codes. Ich empfehle der linken Ratsseite, es zu lassen, es ist kontraproduktiv. Wir alle wollen Rassismus aus der Gesellschaft drängen, aber wenn Sie bei allem sagen, es sei rassistisch, dann nimmt Sie niemand mehr ernst. Unterstützen Sie uns.

Ursula Näf (SP) begründet den von Dr. Davy Graf (SP) namens der SP-Fraktion am 2. Juni 2021 gestellten Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2021/188: *Das im öffentlichen Raum rassistische Inschriften und Darstellungen vorhanden sind, macht etwas mit den Leuten, die sich im öffentlichen Raum aufhalten. Nicht auf alle wirken die kolonialen Spuren gleich. Die Wirkung ist auch davon abhängig, ob man selbst zu einer betroffenen Gruppe gehört, die Rassismus ausgesetzt ist. Wir haben klare Signale aus der Bevölkerung. Immer wieder haben diverse Stimmen gefordert, rassistische Spuren zu entfernen. Wichtig ist die Arbeit des Kollektivs «Vo da.», die vorher in eine finstere Ecke gestellt wurde. Das sind Betroffene von Diskriminierung, die sich dagegen einsetzen, dass ihre Gruppe abgewertet wird. Dass die Stadt auf diese Stimmen hört und reagiert, ist wichtig. Die Stadt hat dies gemacht, indem sie die Projektgruppe RiÖR ins Leben gerufen hat. Diese hat im Jahr 2020 mit ihrer Arbeit begonnen und prüft jeweils den Einzelfall. Ein pragmatisches Vorgehen. Man schaut die einzelnen Zeugnisse von rassistischem Denken an und entscheidet dann, wie man verfahren soll. Dies ist ein pragmatischer Weg, um mit den unterschiedlichen und historisch komplexen Zeitzeugen einen Umgang zu finden. Grundsätzlich ist die Projektgruppe zum Schluss gekommen, dass es in gewissen Fällen die beste Möglichkeit ist, ein Objekt zu entfernen. Nämlich dann, wenn der rassistische Bezug des Objekts offensichtlich ist. Direkt handeln kann die Stadt, sofern sie Eigentümerin ist. Aus dem Postulat erkennt man die Sorge, dass mit der Entfernung die Geschichte verloren geht. Ein sorgfältiger Umgang mit unserer Geschichte ist wichtig, gerade auch, wenn es um Leid oder Unrecht geht. Unsere Vergan-*



genheit kann die beste Begründung sein, weswegen wir uns heute gegen gewisses Gedankengut wie Rassismus wehren. Das heisst nicht, dass man rassistische Inschriften oder Darstellungen an Ort und Stelle lassen soll. Zum einen, weil sie verletzend sein können und zum anderen ist es schwierig, solche Schriften als rein historisch und längst der Vergangenheit angehörig zu verstehen, solange es in der Gegenwart weiterhin Rassismus gibt. Damit wir die rassistischen Haltungen nicht weiter bestätigen, ist ein Entfernen im Einzelfall der richtige Weg. Entfernen heisst nicht vergessen. Zum Glück ist das Konsens. RiöR schlägt vor, dass man vor Ort Informationen zur Geschichte anbringt, beispielsweise mit einem QR-Code. Der Stadtrat hat dies bestätigt. Diese Zusicherung ist von grosser Bedeutung, damit wir uns der düsteren Kapitel unserer Geschichte bewusst sind. Die Begriffsgeschichte des «M-Worts» wird immer wieder vorgebracht, um zu relativieren, dass rassistische Dimensionen vorhanden sind. Begriffe durchlaufen eine Geschichte. Durch die Art und Weise, wie wir denken und sprechen, wandelt sich die Bedeutung von Worten. Es greift zu kurz, wenn man den sprachlichen Ursprung des Begriffs untersuchen möchte. Hinzu kommt, dass der sprachliche Ursprung, den Stefan Urech (SVP) erwähnt hat, nur eine Interpretation ist. Es gibt andere Auffassungen, wie der Stadtrat in der Antwort auf die Interpellation zeigt. Die SP lehnt das Postulat ab.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Mit dem Bericht der Projektgruppe RiöR wurde ein Zwischenschritt im Bereich des Themas Erinnerungskultur gemacht. Ich möchte Sie darüber informieren, was seither gelaufen ist. Das Thema gewinnt in der öffentlichen Debatte immer mehr an Bedeutung, und zwar international. Dementsprechend ist die Zahl der Vorstösse aus dem Gemeinderat zu diesem Themenfeld besonders gross und divers. Es geht um Katharina von Zimmern, Sklaverei, den Landesstreik, Umbenennungen von Gruppen, Kontextualisierungen oder die Aufarbeitung der Rolle der Fürsorgebehörde. Auch aus der Zivilbevölkerung kommen Anliegen zu historischen Ereignissen zu uns. Beispiele sind die Jubiläumsveranstaltungen zur Reformation oder die Aufhebung des Fraumünsterstifts. Durch die vielseitigen Anliegen und Themenbereiche sind eine Vielzahl von Dienstabteilungen mit diesen Themen befasst. Der Stadtrat ist zum Schluss gekommen, dass wir ein strukturiertes Vorgehen in Bezug auf das ganze Themenfeld und ein Konzept erarbeiten möchten. Darum haben wir unter der Leitung der Stabschefin im Präsidialdepartement ein verwaltungsinternes Gruppenkoordinationsgremium Erinnerungskultur gegründet. In diesem Gremium nehmen alle Dienstabteilungen Einsitz, die für das Thema relevant sind: vom Stadtarchiv bis zum Museum NONAM, von der Strassenbenennungskommission bis zur Geschäftsstelle Kunst im öffentlichen Raum. Das Gremium koordiniert die verschiedenen Anliegen. Es hat den Auftrag, eine Auslegeordnung zum ganzen Themenbereich zu erstellen und ein Konzept zu erarbeiten. Das Konzept soll den Weg aufzeigen, wie die Stadt in Zukunft mit den unterschiedlichen Anforderungen und Anliegen umgehen möchte. Die Projektgruppe RiöR untersucht dahingehend, ob sie heute eine diskriminierende Wirkung auf Leute, die von Rassismus betroffen sind, haben. Wir wurden seit langem auf dieses Anliegen aufmerksam gemacht und es wurde uns gesagt, dass dieses Wort von einem Teil der Leute aufgrund ihres Erfahrungswertes als diskriminierend zurückgewiesen wird. Eine Interpretation des «M-Worts» ist es, wenn man sie



auf den Heiligen Mauritius zurückführt – das ist aber nur eine Interpretation. Es ist bekannt, dass das Wort seit der Aufklärung im Kontext der Rassentheorien zunehmend abwertend verwendet wurde. Es geht um die heutige Wirkung und aus meiner Sicht bin ich dankbar für die Debatte, die ausgelöst wurde. Wir müssen uns mit der Thematik auseinandersetzen. Es ist richtig, dass bei der ersten Arbeit der historische Hintergrund der Liegenschaften und der kontrovers interpretierten Häusernamen und -inschriften nicht untersucht wurde. Wir sind uns dessen bewusst. Wir haben darum in einem zweiten Schritt einen Forschungsauftrag zur Geschichte der Liegenschaften an die Professur Geschichte der modernen Welt der ETH Zürich vergeben. Wir haben von Beginn an gesagt, dass Kontextualisierung das zentrale Anliegen ist. Seit der Einreichung des Postulats ist noch mehr geschehen. Der Stadtrat hat entschieden, wie er mit den Wandbildern umgehen möchte. Sie werden nicht entfernt. Das weicht vom Begriff ab, den wir zuerst benutzt haben. Sie werden abgedeckt und sollen nicht zerstört werden. Die Baubewilligungen für die Abdeckungen sind erteilt, aber sie wurden angefochten und sind daher noch nicht rechtskräftig. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass die Abdeckung reversibel ist und dass gleichzeitig eine Kontextualisierung stattfindet, damit eine Auseinandersetzung mit diesem Teil der Stadtgeschichte stattfinden kann. Es gibt Infotafeln, die angebracht werden. Via QR-Code kann man via Webseite zu weiterführenden, vertieften Informationen gelangen. Das wurde bei einem Teil der Liegenschaften bereits angebracht. Kurz und gut: Es ist eine kontroverse Debatte, die nicht zu Ende ist und die wir weiterführen müssen. Wir erwarten viel von dieser Auslegeordnung und dem erarbeiteten Konzept. Es ist ein Thema, das vielen Menschen unter den Nägeln brennt.

Weitere Wortmeldungen:

Regula Fischer Svosve (AL): *Bei dieser Recherche der Projektgruppe RiöR geht es um die Wirkung der Bezeichnungen, sprich um strukturellen Rassismus. Das bedeutet, dass sich wegen der Inschriften eine bestimmte Gruppe der Gesellschaft, das sind Schwarze Menschen und People of Color, benachteiligt, ausgegrenzt und beleidigt fühlen. In diesem Zusammenhang ist es schräg und anmassend, dass wir als weisse Menschen darüber befinden, ob die Interpretation gerechtfertigt ist, oder nicht. Das können wir schlicht nicht beurteilen, weil wir nicht betroffen sind. Das hat viel mit Respekt den Menschen gegenüber zu tun. Ihre Betroffenheit ernst zu nehmen und dort, wo es möglich ist, entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Um den Rassismus aus der Welt zu schaffen, braucht es leider noch etwas mehr.*

Yasmine Bourgeois (FDP): *Es geht nicht darum, Rassismus zu verneinen oder zu sagen, dass er nicht existiert. Mit dem Entfernen und dem Abdecken von Inschriften bekämpfen wir keinen Rassismus. Zu Beginn war der Stadtrat auch dieser Meinung, bis er unter dem Druck dieser kleinen Gruppierung eingeknickt ist. Weil der Stadtrat kein Rückgrat hatte, hat er die Verantwortung an eine Expertengruppe übertragen. Es ist gekommen, wie es kommen musste: Selbstverständlich kann eine Expertengruppe nicht zum Schluss kommen, dass kein Handlungsbedarf besteht, sonst wäre sie überflüssig gewesen. Darum will man Zürich nun zu einer makellosen, moralisch reinen Stadt machen und historisch Unpassendes ausblenden – aus den Augen aus dem Sinn. Der Begriff Mohr hat keinen rassistischen Hintergrund, auch die Verwendung des Begriffs Mohr für*



Hausnamen hatte keinen abwertenden Hintergrund. Stefan Urech (SVP) hat dies erläutert. Historiker betonen, dass man für Häusernamen sicher nicht negativ konnotierte Begriffe gewählt hat. Der Begriff Mohr hat viel mehr Weitläufigkeit signalisiert, oder man hat Bezug auf den Heiligen Mauritius genommen, oder es besteht ein Bezug zu Kreuzzügen. So ist das Abbild eines farbigen Menschen auf vielen Gemeindewappen im deutschsprachigen Raum gelandet, wo es bis heute prangt. Auch für die Gemeindewappen wollte man keine negativ konnotierten Symbole. Ist die Wahrnehmung massgebend? Weil sich die Aktion historisch nicht rechtfertigen lässt, argumentiert die Stadt, es komme darauf an, was man unter einem Begriff versteht, nicht wie ein Begriff gemeint ist. Da wird die Bevölkerung für blöd verkauft. Man hält die Bevölkerung für so blöd, dass sie nicht weiss, dass historische Inschriften vor dem Hintergrund der damaligen Umstände zu deuten sind. Wir haben mehr Vertrauen in die Bevölkerung. Wie weit will die Stadt noch gehen? Müssen wir Familien- und Strassennamen ändern? In der Vergangenheit wurde oft etwas entfernt und verdeckt, das man im Nachhinein bereut hat. Ein klassisches Beispiel sind wertvolle Freskenmalereien, die überpinselt wurden und heute aufwendig restauriert werden. Was ist mit dem Geschichtsverständnis? Wie soll ein Dialog stattfinden, wenn man die Geschichte auslöscht? Aus der Geschichtswissenschaft wissen wir, dass man im Laufe der Zeit zu einer anderen und neuen Einschätzung gekommen ist. Wir wollen keine «Cancel Culture». Wir wollen die Haltung ändern und wenn man Rassismus bekämpfen möchte, braucht es einen offenen Diskurs und direkten Kontakt mit anderen Bevölkerungsgruppen, sicher aber kein Unterdrücken unserer Geschichte. Es gibt viele Vorkommnisse aus der Vergangenheit, die wir in der Gegenwart nicht wiederholen wollen. Sichtbares zu eliminieren, bringt nichts; deswegen wird kein Mensch moralischer oder weniger moralisch handeln. Die FDP will keine «Cancel Culture», sondern Kontextualisierung, weswegen wir das Postulat unterstützen.

Guy Krayenbühl (GLP): *Wir sind der Meinung, dass Inschriften angeschaut und geklärt werden sollen, wie diese zustande kamen. Einfach weglöschen und ausradieren scheint uns nicht der richtige Ansatz. Es gab vor kurzem einen Entscheid des Bundesgerichtshofs betreffend der «Judensau» in Wittenberg. Interessanterweise waren die jüdischen Bürger nicht der Meinung, man solle dies wegmachen, sondern sahen dies als Teil der Geschichte. Dann wird es lebendig und man kann darüber diskutieren. Das andere Problem ist, wenn das Haus einem Privaten gehört, kann man ihn nicht davon abhalten, diese Inschrift zu löschen. Die Mehrheit unserer Fraktion findet die Auslöschung der Geschichte nicht den richtigen Weg. Dies soll zugänglich gemacht und erklärt werden, es soll ein offener Diskurs darüber geführt werden.*

Anna-Béatrice Schmalz (Grüne): *Rassismus darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Es reicht nicht, dies einfach zu sagen. Antirassismus ist tägliche Arbeit: Abbau von rassistischen Strukturen und Denk- und Handlungsweisen, Selbstreflexion und Einschreiten, wenn wir Rassismus und Diskriminierung im Alltag beobachten. Das Kollektiv «Vo da.» ist eine Gruppe von Betroffenen und Verbündeten, die Diskriminierung und Rassismus in der Schweiz öffentlich anspricht. Im Fall des Niederdorfs hat das Kollektiv die Stadt Zürich gebeten, die rassistischen Häusernamen und das rassistische Wandbild umzubenennen oder zu entfernen. Sie haben die Thematik als Betroffene ins Rollen ge-*



bracht. Diskriminierung ist nicht nur ein Gefühl oder eine Befindlichkeit. Diskriminierungen müssen ernst genommen werden. Hinweise zu rassistischen Diskriminierungen nicht ernst zu nehmen, hat eine lange Vergangenheit und trägt dazu bei, dass Rassismus so tief in unserer Gesellschaft verankert ist. Als weisse Personen, die wir mehrheitlich in diesem Rat sind, ist es wichtig, dass wir ernst nehmen, wenn Betroffene sich positionieren. Das hat das Kollektiv in diesem Fall sehr klar getan. Wie in der Antwort auf die Interpellation bereits klar geworden ist, ist das «M-Wort» als rassistisch und demütigend einzuschätzen. Es ist abwertend, herabwürdigend und vor allem konstruiert es Schwarze Menschen als die Anderen. Die Inschrift mit dem «M-Wort» ist eine Form von Gewalt im öffentlichen Raum. Die Entfernung oder die Abdeckung hingegen tut niemandem weh. Jede Person soll das Recht haben ohne Beleidigung durch den öffentlichen Raum und in diesem Fall durch das Niederdorf zu gehen. Die Kontextualisierung als Ergänzung zur Abdeckung oder Entfernung kann sinnvoll sein. So kann beispielsweise ein QR-Code am Haus angebracht werden, bei dem darauf aufmerksam gemacht wird, dass es eine Inschrift gab und weswegen es zur Abdeckung kam. Aus diesen Gründen darf nicht auf die Entfernung verzichtet werden. Die öffentliche Abwertung von Schwarzen Menschen und Anti-Schwarzer-Rassismus darf keinen Platz im öffentlichen Raum und unserer Gesellschaft haben. Wir als Grüne lehnen das Postulat entschieden ab.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Wenn man Rassismus bekämpfen will, muss das von innen kommen. Als ethische Einstellung und nicht nur, weil es in der Bundesverfassung gefordert wird. Wenn man nur auf die Symbolik geht, kommt man in eine Oberflächlichkeit, die an der Substanz vorbei geht und gefährlich ist. Häufig ist das, was man als rassistisch empfindet, durch die Medien gemacht und örtlich sehr begrenzt. Was in der Schweiz negativ konnotiert wird, ist in Österreich keine Diskussion: Es gibt in Österreich ein Mohrenbier. Nie kam jemand auf die Idee, das sei rassistisch. Es wurde angetönt, dass wir den Bildersturm bereits hatten. Es gab ihn auch im Zuge der französischen Revolution: In einer Abtei wurden auch aus solch feindseligen Motiven Köpfe, die als Kunstwerke gestaltet waren, zertrümmert. Man muss sich fragen, wann sich der Rassismus beginnt umzukehren. Wenn Sie von amerikanischen Ureinwohnern sprechen, müssen Sie heute fast schon «Indigene» sagen. Man darf sich das Wort nicht von einer ideologischen Minderheit verbieten lassen, die aus nichts ein Problem macht.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *In einer repräsentativen Demokratie müsste es eigentlich selbstverständlich sein, dass die Sicht jener Bevölkerungsgruppen, die mit einem Problem konfrontiert sind, der Ausgangspunkt der politischen Lösung darstellt. Das gilt für Mehrheitsprobleme, es gilt aber noch mehr für Anliegen von sozialen Minderheiten. Wenn wir die Probleme von Menschen lösen möchten, müssen wir ihnen zuhören. Nur wenn die Politik die Bedürfnisse der Bevölkerung direkt berücksichtigt, kann sie ihren Repräsentativitätsanspruch erfüllen. Nur wenn die Politik Minderheiten gebührend berücksichtigt, kann sie sich als demokratisch bezeichnen. Genau das hat der Stadtrat getan. Er hat sich mit Menschen, die von Rassismus betroffen sind, getroffen und Massnahmen zur ersten Linderung einer jahrhundertealten Krux vorgeschlagen. Ein weiterer, vielleicht dezidierterer Schritt, als in der Vergangenheit, auf dem Weg der Wiedergutmachung. Überraschenderweise lösen von allen Massnahmen diejenigen, die sich klar an die rassistischen Strukturen unserer Gesellschaft wagen, den grössten Unmut bei den*



Mitgliedern der privilegierten politischen Kasten aus. Menschen, die keine Ahnung haben, wie sich Rassismus anfühlt, seit Menschengedenken nichts dagegen unternommen und teilweise davon profitiert haben, wissen plötzlich, was in dieser Sache geht und was nicht. Was geht, ist sich selbst als Opfer einer gefährlichen, linken Medien- respektive Parlamentskampagne zu inszenieren. Was nicht geht, sind Schulmittel zu verwenden, die das Rassismusproblem in unserem Land adressieren, oder Hausschilder zu entfernen, die eine Hierarchie zwischen den Hautfarben reflektieren. Die Gegnerinnen und Gegner wissen nämlich, dass diese Thematisierung unserer Geschichte in der Schule und die Entfernung der wortwörtlich in Stein gemeisselten Beleidigungen den strukturellen Rassismus ins Wanken bringen. Diese Massnahmen werden die diskriminierenden, vorurteilsbehafteten Strukturen unserer Gesellschaft vermindern. Sie können an dieser Stelle fragen, wie eine derartige symbolische Massnahme zur Stärkung der Identität der von Rassismus betroffenen Menschen beitragen soll. Die Antwort wäre stundenfüllend. Die kurze Version lautet, dass Symbole identitätsstiftend sind. Manche Symbole verstärken die Identifikation mit der Gruppe, denken Sie an die Nationalflaggen, Ihre Parteifarben oder Familiennamen. Identitäten entstehen aber häufiger aus dem Negativen heraus. Das weiss die SVP am besten in diesem Rat. Seit Jahrzehnten baut sie ihre Identität an den negativen Projektionen ihres Umfelds auf. Manchmal sind es die Ausländerinnen, manchmal sind es die Kosovo-Albanerinnen, manchmal sind es die Scheininvaliden und manchmal sind es diejenigen, die das Geschlecht besser als sie verstehen. Das sind alles Negativschablonen, woran die Partei wachsen kann. Das Identitäts-Ich ist in erster Linie nicht ein Du, das Identitäts-Wir ist nicht ein Ihr. Dementsprechend erleben sich viele von uns als weiss – nicht, weil wir wissen, was das heisst, sondern weil wir schlichtweg nicht schwarz oder «of Color» sind. Dazu tragen Inschriften wie diejenigen im Niederdorf bei. Sie erinnern uns ständig an unseren Platz innerhalb der rassistischen Ordnung. Wenn wir zum Postulat zurückkommen und die Sicht der von Rassismus betroffenen Bevölkerung als Ausgangspunkt nehmen, steht ausser Diskussion, dass manche Begriffe No-Gos sind. Dies gilt in der Schweiz und das gilt auch in Spanien. In diesem politischen Kontext zum Beispiel besteht trotz der Brutalität, die mein Land auf nicht weisse Menschen ausgeübt hat, der Konsens, dass das «M-Wort» so zu verstehen ist, wie die Betroffenen dies tun, nämlich als ausschliessliche Beleidigung. Dementsprechend wird das Wort nur von rechts-radikalen Gruppierungen verwendet; sprich von Menschen, die eine Ideologie haben, die jegliche Identitätsaspekte wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, Nationalität, Religion oder Hautfarbe als einheitlich und uniform erachtet. Die Wegnahme derart identitätsgeladener Symbole ist für diese Menschen eine Bedrohung, weil die eigene Identität zur Disposition steht. Ihre Ablehnung ist aus sozialpsychologischer Perspektive verständlich, verleiht aber keine politische Richtigkeit.

Roger Föhn (EVP): *Einen Mohrenkopf darf ich nicht mehr essen, ein Wienerli, einen Berliner, einen Frankfurter, einen Russenzopf, eine Schwedentorte und ein Zigeunerschnitzel darf ich essen. Man darf das unendlich weiterführen. Ist das nicht auch rassistisch? Die Fraktion Mitte-EVP unterstützt das Postulat der SVP.*

Stefan Urech (SVP): *Ursula Näf (SP) und STP Corine Mauch haben beide unterstellt, es sei nur eine Möglichkeit des historischen Backgrounds. Es gibt noch eine andere der*



Denkmalpflege der Stadt Zürich: «Eine weitere Möglichkeit für die Benennung des Hauses liegt in dem heraldischen Familienwappen, das ab dem frühen 14. Jahrhundert als Zeichen der Anhängerschaft auf das Geschlecht der Stauffer kam.» Auch dort gibt es keinen Zusammenhang mit rassistischen Gründen. Bei einigen Wortmeldungen musste ich leer schlucken, vor allem bei den Leuten, die meinten, ich und einige andere seien keine People of Color und könnten sich dementsprechend nicht zum Thema äussern. Ich finde das ist das Gegenteil dessen, was sie predigen. Mein Polo ist weiss, ich habe eine Color und ich habe eine Meinung. Die Abteilung zur Erinnerungskultur erklärt uns, woran wir uns zu erinnern haben, was bleiben kann und was nicht – das erinnert an George Orwell. Dass jede Person das Anrecht hat, durch die Altstadt zu gehen und von nichts beleidigt zu werden, können Sie nicht erreichen. Dann beginnen wir alles Mögliche zu streichen und abzudecken. Zum Abschluss möchte ich erwähnen, dass in Coburg, Deutschland, im Jahr 1937 die Inschrift der Mohrenstrasse entfernt und in die Strasse der SA umbenannt wurde, weil die Nazis das Wort Mohr nicht mehr im Stadtbild wollten.

Michael Schmid (FDP): *Ich möchte unterstreichen, was STP Corine Mauch, Stefan Urech (SVP) und Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) gesagt haben: Rassismus hat keinen Platz in der Stadt Zürich. Jede Form der Diskriminierung hat keinen Platz in der ganzen Schweiz. Das ist so festgehalten in Artikel 8 der Bundesverfassung. Ich muss Ihnen sagen, liebe Stadtpräsidentin und liebe SP, sie verrennen sich, wenn Sie das Wort Mohr nicht einmal mehr in den Mund nehmen möchten und vom «M-Wort» sprechen. Das ist eine offensichtliche und krasse Diskriminierung. Wenn Sie das Telefonbuch anschauen, sehen Sie, dass der Geschlechtsname Mohr gut 300 Einträge aufweist, Moor gut 800 Einträge, Moretti gut 200 Einträge. Da sind Sie auf dem falschen Dampfer, weil Sie sich von einer kleinen, aber lauten Minderheit instrumentalisieren lassen. Minderheiten muss man ernst nehmen und Minderheiten muss man berücksichtigen. Das heisst nicht, dass jede Minderheit abschliessend über ein Thema entscheiden kann und die Mehrheit sich unterordnen muss, oder die Mehrheit gar nicht mehr darüber sprechen kann. Wenn man dies konsequent zu Ende denken würde, wäre es das Ende einer demokratischen Auseinandersetzung. Es würde in eine totalitäre Denkweise überlaufen, sodass eine Minderheit diktiert, was überhaupt diskutiert werden kann. Zu einer offenen und bewussten Auseinandersetzung mit den guten und schlechten Seiten der Geschichte stehen wir. Das ist ein gemeinsames Anliegen, das wir mit der Stadtpräsidentin teilen.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

256. 2021/188

Postulat von Stefan Urech (SVP), Shaibal Roy (GLP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 21.04.2021:

Verzicht auf die Entfernung der Inschriften «zum Mohrenkopf» und «zum Mohrentanz» und Kontextualisierung der Inschriften anhand einer Infotafel oder eines QR-Codes

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.



10 / 10

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2021/173, Beschluss-Nr. 255/2022.

Stefan Urech (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3892/2021).
Ursula Näf (SP) begründet den von Dr. Davy Graf (SP) namens der SP-Fraktion am
2. Juni 2021 gestellten Ablehnungsantrag:

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 50 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat